

Landeshauptstadt Dresden  
Die Oberbürgermeisterin



# **N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 1. Sitzung des Ortsbeirates Leuben (OBR Leu/001/2014)**

**am Mittwoch, 5. November 2014,**

**19:00 Uhr**

**Cultus gGmbH, Festsaal,  
Altleuben 10, 01257 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 19:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 23:20 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender  
Jörg Lämmerhirt

Mitglied Liste CDU  
Steffen Börner  
Katrin Hoogestraat  
Tobias Kittlick  
Eberhard Kunte

Mitglied Liste DIE LINKE  
Rolf Böhme  
Marina Brandt  
Dr. Rainer Kempe

Mitglied Liste SPD  
Michael-Peter Bäuerle

Mitglied Liste Alternative für Deutschland  
Michael Kater

Mitglied Liste FDP  
Matteo Böhme

Mitglied Liste NPD  
Hartmut Krien

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Wolf Dieter Stiehl

Stellvertretende Mitglieder  
Gottfried Mann  
Peter Müller  
Pia Reinhard

Vertretung für Frau Sandra Schramm  
Vertretung für Frau Anita Köhler  
Vertretung für Frau Barbara Meyer-Wyk

**Abwesend:**

Mitglied Liste SPD  
Sandra Schramm

Mitglied Liste CDU  
Barbara Meyer-Wyk

Mitglied Liste BürgerBündnis/ Freie Bürger Fraktion  
Anita Köhler

**Verwaltung:**

Herr Bäcker  
Frau Dr. Cordts  
Frau Supan  
Frau Winkler  
Frau Pfennig  
Frau Stepputtis

Vertreter Ortsamtsleiter OA Leuben/Prohlis  
Sozialamt  
Sozialamt  
Integrations- und Ausländerbeauftragte  
Stadtplanungsamt  
Stadtplanungsamt

**Gäste:**

Herr Barth  
Frau Windelband  
Herr Dörner

Fa. Saller  
Büro GRAS  
Polizeirevier Dresden-Süd

sowie ca. 300 Besucher (geschätzt)

**Schriftführer/-in:**

Ralf-Uwe König

SB Ortsbeiratsangelegenheiten Ortsamt Leuben

# T A G E S O R D N U N G

## Öffentlich

- |           |  |                              |
|-----------|--|------------------------------|
| <b>1</b>  | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung |                              |
| <b>2</b>  | Verpflichtung der Ortsbeiräte  |                              |
| <b>3</b>  | Maßnahmeplan zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für besondere Bedarfsgruppen in den Jahren 2015/2016                       | <b>V0085/14<br/>beratend</b> |
| <b>4</b>  | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 693, Dresden-Großschachwitz, Geschäfts- und Parkhaus Pirnaer Landstraße                                  | <b>V0040/14<br/>beratend</b> |
|           | hier:  |                              |
|           | 1. Billigung des geänderten Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan   |                              |
|           | 2. Billigung der Begründung zum geänderten vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf   |                              |
|           | 3. Beschluss über erneute öffentliche Auslegung  |                              |
| <b>5</b>  | Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 541, Dresden-Laubegast, Wohnungsbau Laibacher Straße/Gustav-Hartmann-Straße                              | <b>V3013/14<br/>beratend</b> |
|           | hier:  |                              |
|           | 1. Abwägungsbeschluss  |                              |
|           | 2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung zur Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes                                      |                              |
| <b>6</b>  | Einwohnerversammlung in Laubegast zum Hochwasserschutz und zur Fortsetzung der Bürgerbeteiligung   | <b>A0890/14<br/>beratend</b> |
| <b>7</b>  | Beschluss über die Sitzungstermine des Ortsbeirates Leuben für das Jahr 2015   |                              |
| <b>8</b>  | Vorstellung der Ortsbeiräte  |                              |
| <b>9</b>  | Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte   |                              |
| <b>10</b> | Informationen des Ortsamtsleiters zum Geschehen im Ortsamtsgebiet  |                              |

**öffentlich****1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung**

Herr Lämmerhirt begrüßt die Mitglieder des Ortsbeirates Leuben in der 6. Legislaturperiode und gratuliert ihnen zur Wahl. Die Sitzung wird anschließend mit 14 anwesenden Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräten bzw. ihren Stellvertretern eröffnet, die frist- und ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit festgestellt. Frau Meyer-Wyk wird von Frau Reinhard vertreten, Herr Mann vertritt Frau Schramm und für Frau Köhler erscheint Herr Müller. Herr Kittlick kommt während des TOP 3.

Frau Hoogestraat und Herr Bäuerle werden die Niederschrift der heutigen Sitzung gegenzeichnen. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

**2 Verpflichtung der Ortsbeiräte**

Den Ortsbeiräten wurde im Vorfeld der heutigen Sitzung von der Abteilung Stadtratsangelegenheiten eine Zusammenstellung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte der Landeshauptstadt Dresden (GO-Ortsbeirat), der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger (Entschädigungssatzung), der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden sowie der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in Auszügen übergeben. Ebenfalls übersandt wurde die „Verpflichtung auf das Datenschutzgeheimnis nach § 6 SächsDSG“ und ein Erfassungsbogen für die persönlichen Angaben.

Herr Lämmerhirt verpflichtet die anwesenden Mitglieder, er macht sie auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten gemäß der §§ 19 und 20 der Sächsischen Gemeindeordnung aufmerksam und weist sie dabei insbesondere auf die Bestimmungen über den Ausschluss wegen Befangenheit und über die Amtsverschwiegenheit hin und freut sich auf eine angenehme Zusammenarbeit.

**3 Maßnahmeplan zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für besondere Bedarfsgruppen in den Jahren 2015/2016****V0085/14  
beratend**

Herr Lämmerhirt weist angesichts vieler Besucher darauf hin, dass es sich hier um eine Ortsbeiratssitzung und keine Bürgerversammlung handelt. Er führt aus, dass diese Vorlage ein Vorschlag der Verwaltung sei, welcher in allen Ortsbeiräten beraten und letztlich durch den Stadtrat entschieden wird. Auch wird darauf verwiesen, dass derzeit noch kein rechtsgültiger Vertrag zwischen dem Eigentümer des Hotels „Prinz Eugen“ und der Landeshauptstadt Dresden existiert.

Da der Besucheransturm das große Interesse der Vorlage in der Bürgerschaft widerspiegelt, bittet Herr Lämmerhirt zu Beginn den Ortsbeirat, später ein Rederecht für die Bürger zu gewähren. Dem wird einstimmig zugestimmt. Herr Lämmerhirt stellt fest, dass mit dem heutigen Tag in die öffentliche Diskussion des Themas Asylbewerber eingetreten werde, dem Ortsbeirat obliege es, dazu eine Empfehlung abzugeben. Er plädiert für eine sachgerechte Information und Diskussion. Herr Lämmerhirt bittet um gegenseitige Fairness und stellt klar, dass er im Falle von Störungen von seinem Ordnungs- und Hausrecht Gebrauch machen werde.

Anschließend begrüßt Herr Lämmerhirt Frau Dr. Cordts, Amtsleiterin des Sozialamtes sowie die amtierende Integrations- und Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Dresden, Frau Winkler.

Frau Dr. Cordts bedankt sich für die Einführung und verweist darauf, dass die Landeshauptstadt Dresden allgemeine Pflichtaufgaben zu bewältigen habe und gleichzeitig Unterbringungsbehörde sei. Demnach habe sie die gesetzliche Pflicht, alle vom Land zugewiesenen Asylbewerber aufzunehmen. Die Zuweisungsprognosen der Landesdirektion Sachsen für Dresden stiegen ständig. Mindestens bis zum Jahr 2016 würde das auch weiterhin der Fall sein.

Waren es 2009 noch 175 Asylsuchende, seien es in diesem Jahr schon über 1400, welche in Dresden untergebracht werden müssten. In der Stadt Dresden gäbe es zum Ende des Jahres 2014 813 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften und 1672 Plätze in dezentraler Unterbringung (Wohnungen). Durch die steigenden Zuweisungszahlen müssten entsprechende Einrichtungen bereitgestellt werden. Daher müssten die Kapazitäten erhöht werden, um die derzeit geplanten Plätze für Ende 2016 vorhalten zu können. Für das Stadtgebiet Dresden sind bis Ende des Jahres 2016 daher 1538 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften und 2720 Plätze in Wohnungen bereitzustellen.

Im Ortsamtsgebiet Leuben seien derzeit 102 Asylsuchende in Wohnungen untergebracht, Gemeinschaftsunterkünfte gäbe es im Ortsamtsgebiet Leuben derzeit keine. Ende des Jahres 2016 sollen hier zusätzlich 154 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften geschaffen werden. 2015 und 2016 sollen im Stadtgebiet Dresden zusätzlich 220 Wohnungen mit insgesamt 1300 Plätzen angemietet werden. 12 zusätzliche Übergangswohnheime sollen Platz für 850 Personen schaffen. Die Kapazität je Wohnheim wolle man grundsätzlich auf maximal 65 Plätze begrenzen.

In Laubegast würde ausnahmsweise mit 94 Plätzen geplant, um das Heim wirtschaftlich betreiben zu können. Die soziale Betreuung soll mit einem Betreuungsschlüssel 1:150 ausgelegt werden. Momentan liege der Schlüssel bei 1:200. Seit 2010 seien durch das Sozialamt mehrere Ausschreibungen für Objekte durchgeführt worden, in der Regel ohne Erfolg. Allerdings seien Eigentümer von Immobilien auf das Sozialamt zugekommen und hätten ihre Immobilien für Wohnzwecke angeboten. In einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe mit dem Stadtplanungsamt, dem Hochbauamt, dem Bauaufsichtsamt, dem Regiebetrieb Zentrale Technische Dienstleistungen, dem Sozialamt und der Feuerwehr seien Objekte und Einrichtungen vorab auf Realisierbarkeit und der Aussicht auf Erfolg überprüft worden.

Frau Dr. Cordts beschreibt die Bedingungen für den Betrieb einer Gemeinschaftsunterkunft. Das seien beispielsweise Festschreibungen im Fachplan Asyl, Einhaltung von Standards, objektbezogene Sicherheitskonzepte, soziale Betreuung vor Ort und Überprüfung der Betreiber. Sie erläutert Möglichkeiten der Integration, z. B. Beschäftigungsprojekte, Bildungsangebote, Sprachkurse und Freizeitangebote. Die Einbindung von Netzwerken und Ehrenamtlichen Bürgern bei der Integration wird angestrebt und sei unverzichtbar.

Im Ortsamtsbereich Leuben seien zwei Übergangswohnheime geplant, eines auf der Gustav-Hartmann Straße 4 mit 94 Plätzen sowie ein Neubau mit 60 Plätzen in der Breitscheidstraße 117 in Dobritz. Der Betreiber des geplanten Heimes in der Gustav-Hartmann Straße stehe noch nicht fest, die 94 Plätze resultierten aus bestehenden 47 Zimmern und einer Belegung mit zwei Personen pro Zimmer. Die Eröffnung sei für den Februar 2015 geplant.

Den Personaleinsatz plane man grundsätzlich von Montag-Freitag von 08:00 Uhr- 15:00 Uhr. Darüber hinaus würde ein Wachschutz in der Nacht und am Wochenende bei Bedarf tätig.

Es wird auf weitere öffentliche Veranstaltungen hingewiesen (Runder Tisch Asyl am 13.11.2014 in der Landeszentrale für politische Bildung sowie eine zentrale Einwohnerversammlung am 24.11.2014 in der Dreikönigskirche). Am 11.12. 2014 werde der Stadtrat abschließend über die Vorlage entscheiden. Auch Tage der offenen Tür in den Übergangswohnheimen seien vorgesehen.

Frau Dr. Cordts nimmt weiterhin Stellung zu einer derzeit laufenden Petition:

*Eine Umnutzung müsse baurechtlich genehmigt werden?*

Ja, wenn Objekte umgenutzt werden sollen, wird ein Baugenehmigungsverfahren benötigt. Es gäbe keinen Bebauungsplan, es gelte der § 34 BauGB. Das Hotel sei für eine öffentlich-gewerbliche Nutzung vorgesehen, die Gemeinschaftsunterkunft sei nicht für öffentliche Nutzung vorgesehen und somit bauplanungsrechtlich besser gestellt als ein Hotel. Die Landeshauptstadt werde nach erfolgtem Beschluss eine Umnutzung beantragen.

*Ein Heim sei eine soziale Einrichtung und müsste barrierefrei sein?*

Das sei nicht zwingend nötig, da es keine öffentliche Einrichtung sei.

*In der Vorlage wurde von einem ehemaligen Hotel gesprochen, der Hotelbetrieb läuft doch aber noch?* Das sei richtig, in neueren Veröffentlichungen erfolgt eine Bezeichnung noch als bewirtschaftetes Hotel, die angedachte Inbetriebnahme wurde von Dezember 2014 auf Februar 2015 verschoben.

*Ist eine Ausschreibung erfolgt?* Das Objekt sei nicht auf Basis eines formellen Ausschreibungsverfahrens ausgewählt worden, sondern wurde vom Eigentümer angeboten.

*Ist die Finanzierung sichergestellt?* Ja, mit zusätzlichen Mitteln vom Freistaat.

*Gibt es Alternativen?* Zahlreiche Gebäude würden leer stehen. Ca. 100 Gebäude und Einrichtungen wurden überprüft und geprüft. Im Ergebnis seien nur wenige Objekte übrig geblieben, welche jetzt in der Vorlage enthalten sind.

*Weshalb werden in der Gustav- Hartmann Str. 94 Plätze geplant, wenn doch nur durchschnittlich 65 Plätze pro Einrichtung genutzt werden sollen?* Eine Nutzung von nur 65 Plätzen sei unwirtschaftlich, für das Hotel liege eine Baugenehmigung für 115 Plätze vor. Diese werde man aber nicht ausschöpfen. Alle Objekte sollen grundsätzlich für 5 Jahre angemietet werden mit der Option der Verlängerung.

*Das Konfliktpotential wird sich erhöhen?* Nein, Erfahrungen anderer Einrichtungen für Asylsuchende würden das nicht belegen.

*Lage im Hochwasserschutzgebiet?* Das sei kein Aspekt der Baugenehmigung, die Gefahrenlage bei Hochwasser wäre sogar eher beherrschbar, da die Anzahl der Bewohner bekannt sei, im Hotel eher nicht.

Herr Lämmerhirt bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Fragen von den Ortsbeiräten.

**Herr Kittlick** befürwortet eine dezentrale Unterbringung. Er plädiert für eine separate Einwohnerversammlung im Ortsamtsgebiet und kritisiert die Informationspolitik der Stadtverwaltung. Die Einwohner hätten alles aus der Presse erfahren müssen. Die maximale Belegung von 65 Personen wäre mit 94 Plätzen völlig überzogen. Wie soll sichergestellt werden, dass dort nicht sogar noch mehr Personen untergebracht würden? Ist der jetzige Hotelbetreiber von dem Eigentümer informiert worden? Was geschieht mit den Arbeitsplätzen der Mitarbeiter? Existiert ein Sicherheitskonzept? Hat die Polizei ein Sicherheitskonzept, um im Umfeld zeitnah und mit genügend Personal zu reagieren? Wurden Alternativstandorte geprüft?

**Herr M. Böhme** kritisiert, dass von insgesamt 12 geplanten Unterbringungsmöglichkeiten schon allein 6 im Bereich Leuben/ Prohlis entstehen sollen. Das sei keine gleichmäßige Verteilung im Dresdner Stadtgebiet. Ein gut laufendes Hotel solle für Asylbewerber geopfert und Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Betreuung bei einem Schlüssel von 1:150 bedeute für das Heim eine halbe Mitarbeiterstelle. Wie soll so eine Kommunikation und Sicherheit gewährleistet werden? Warum werden nur Alleinstehende untergebracht und keine Familien? Er erfragt, warum in der Vorlage 65 Plätze im Allgemeinen nicht überschritten werden sollen, andererseits werde ja behauptet, dass mit 65 Personen keine Wirtschaftlichkeit zu erreichen sei. Weiterhin äußert er die Vermutung, dass die Vorlage vom 21. Oktober 2014 noch schnell durchgeboxt werden solle. Er argwöhnt, dass die Option der Verlängerung nach 5 Jahren gewiss genutzt werde. Er beantragt eine Vertagung der Vorlage und eine Einwohnerversammlung vor der Beschlussfassung des Stadtrates.

**Herr Krien** berichtet u.a. von der Belästigung seiner Tochter von Asylbewerbern in seinem Haus und der späteren ergebnislosen Einstellung des Verfahrens.

**Frau Brandt** erkennt die Notwendigkeit der Aufnahme von Flüchtlingen und äußert Verständnis für die schnelle Bearbeitung der Vorlage. Dezentrale Unterbringung sei zu bevorzugen, der Betreuungsschlüssel sei nicht akzeptabel. Gibt es finanzielle Mittel für die Betreuung durch ehrenamtliche Mitarbeiter?

**Herr R. Böhme** teilt mit, dass er im Netzwerk „Laubegast ist Bunt“ mitarbeitet und die Asylbewerber unterstützen und integrieren möchte.

**Herr Dr. Kempe** weist darauf hin, dass niemand ohne Not sein Land verlassen würde. Er fordert die Bürger auf, Kontakte zu den Asylbewerbern zu knüpfen, um Ängste abzubauen.

**Herr Müller** wünscht sich eine Einwohnerversammlung, um Ängste abzubauen. Der Betreuungsschlüssel 1:70 wäre wünschenswert, der jetzige Schlüssel sei bedenklich. Kinderbetreuung sei nicht gewährleistet.

**Herr Kater** hält die Vorlage für übereilt. Es müssten Obergrenzen für die Zuwanderung festgelegt werden. Die Verfahren müssten zügig vonstatten gehen und abgelehnte Asylbewerber umgehend in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Dann bräuchte man auch keine zusätzlichen Heime eröffnen. Wo werde man kürzen, wenn die Mittel nicht reichen?

Frau Dr. Cordts beantwortet die gestellten Fragen: Die Wirtschaftlichkeit bei diesem vorhandenen Objekt sei tatsächlich erst ab 94 Personen möglich. Mehr Personen sollen aber nicht untergebracht werden.

Warum der Eigentümer den Betreiber nicht informiert hat, wäre ihr nicht bekannt und unterliege auch nicht ihrer Zuständigkeit. Ein Sicherheitskonzept würde vor Inbetriebnahme des Asylheimes erstellt. Eine Auflistung von geprüften Objekten könne gegeben werden.

Die vorliegenden Standorte wurden gewählt, da diese angeboten wurden. Daraus begründe sich die ungleichmäßige Verteilung im Stadtgebiet. Der Betreuungsschlüssel von 1:150 sei in der Tat eine halbe Mitarbeiterstelle. Allerdings seien später im Heim auch noch andere Mitarbeiter tätig. Der Wachschutz sei nachts vor Ort.

Es sei nicht beabsichtigt, Beschlüsse übereilt durchzubringen. Die Zuweisungsprognose sei vielmehr in diesem Jahr viermal erhöht worden. Daher fehle der zeitliche Vorlauf. Um diesem begegnen zu können, seien in der Vorlage die Jahre 2015/2016 aufgelistet. Das Optionsrecht der Verlängerung würde nur eingelöst, wenn es nötig sei. Zur Bearbeitung der Asylanträge würden zur Zeit 15 Monate benötigt. Die Verantwortung liege im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Derzeit würden dort zusätzliche Stellen geschaffen. Bei abgelehnten Asylanträgen würden die Personen ausgewiesen. Das erfolge jedoch nicht durch die Landeshauptstadt Dresden.

Die Ausländerbeauftragte Frau Winkler teilt mit, dass 0,4 % Asylsuchende in der Stadt Dresden leben. Im Ortsamtsgebiet Leuben gibt es derzeit 3,6 % Ausländer.

In der gesamten Stadt beträgt der Ausländeranteil 8,2 %.

### **Fragen der Bürger:**

*Herr Köth, Rechtsanwalt, Ersteller der Petition:*

Warum stellt man einen Bauantrag für 115 Personen, wenn nur 94 genutzt werden sollen?

Welche Objekte wurden geprüft, warum wurden diese abgelehnt? Was bedeutet bedarfsgerechte Unterbringung? Ein Sicherheitskonzept solle den Bürgern vorgestellt werden.

Er bezweifelt, dass durch Asylanten keine höhere Kriminalität entstünde. In anderen Städten sei dies nicht so. In Halle beispielsweise liege die Ausländerquote bei 3,2 %, die Ausländerkriminalität betrage aber 26 %. Wie soll eine Integration stattfinden, wenn nur für 20% der Asylbewerber Deutschkurse angeboten werden können und eine halbe Stelle im Wohnheim existiert? Ist bei einer Miete von 290.000€ die Wertminderung durch Abnutzung berücksichtigt? Wie hoch werden die Betreiberkosten sein?

*Bürger:* Wird das Polizeirevier wieder zusätzliche Dienststellen eröffnen?

*Frau Noack:* In den 90er Jahren gab es auch Asylbewerberheime, dort wäre es ruhig zugegangen. Sie verweist auf Hilfestellung durch die Netzwerke, man müsse auf die Menschen zugehen.

*Bürger:* Polizeiprävention, was schließt das ein? Die Zahlen aus Halle sind dem Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2001 entnommen.

*Herr Preiß, Anwohner:* Verliest seinen Protestbrief an die OB. Er befürchtet Konflikte zwischen Asylbewerbern und Anwohner. Es gäbe genug andere leer stehende Gebäude im Umfeld. Herr Bürgermeister Seidel sollte sich dort umsehen und nicht die bestehende Struktur in Laubegast zerschlagen.

*Bürger:* Es sei alles schon beschlossene Sache, das Objekt könne man nicht verhindern.

Im Umfeld eines Asylbewerberheimes eine Immobilie zu erwerben, sei nicht als Altersvorsorge geeignet. Die Situation im Osten Deutschlands hänge ca. 15 Jahre dem Westen hinterher, später seien ebensolche Auswirkungen (Kriminalität, Ghettos) hier zu erwarten. Was wird mit den Flüchtlingen, wenn die Konflikte in den Heimatländern nicht mehr bestehen?

*Herr Stadtrat Avenarius:* Der Betreuungsschlüssel sei zu gering, es sei wichtig, dass sich mehr ehrenamtliche Bürger engagieren. Die Ausländerkriminalität sei ebenfalls sehr gering. Er schlägt eine ortsteilbezogene Einwohnerversammlung vor.

*Bürgerin:* Warum werden Ausländerheime direkt an Schulen eröffnet?

*Bürger:* Die Gewaltbereitschaft nähme zu, neuerdings müsse die Polizei mit stich- und schusssicheren Westen patroulieren. Nur in der Zeitung könnte man das nicht lesen. Immobilien in der Nähe von Asylheimen hätten Wertverluste zu verzeichnen.

Frau Dr. Cordts bekräftigt die Baugenehmigung für 115 Plätze für das Hotel. Nur 94 Plätze würden davon genutzt. Viele Objekte, Schulen und leer stehende Gebäude seien geprüft worden, teilweise wären sie zu verschlissen, zum Teil lägen sie in Gewerbegebieten und wären damit nicht zulässig. Das Sicherheitskonzept basiere auf gegenseitigen Vernetzungen



und Strukturen, um im Ernstfall schnell vor Ort zu sein. Die Kalkulation sei so ausgelegt, dass mit dem Mietbetrag gleichzeitig die Werterhaltung realisiert werden könne.

Als Ansprechpartner zur Unterstützung werden unter anderem die Bürgerstiftung, die Diakonie und das SUFW genannt. Sie äußert die Überzeugung, dass bei Entspannung der Lage in den Heimatländern die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren werden. Stadtplanungsrechtlich seien Asylheime in der Nähe von Schulen und Kindergärten zulässig.

*Frau Winkler* führt aus, dass 30 % aller Asylbewerber über den schulischen Bereich die Möglichkeit hätten, die Sprache zu erlernen. Gleichzeitig würden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Kurse angeboten. In der Statistik über ausländische Tatverdächtige seien auch Touristen, Durchreisende und kriminelle Banden erfasst. Auch die illegale Einreise und Verstöße gegen die Residenzpflicht gehörten dazu. Sie verweist auf ihre Stellungnahme, in der noch 94 Personen in der Gustav- Hartmann Straße kritisch gesehen werden. Nunmehr gäbe es eine neue Unterbringungskonzeption für den Freistaat Sachsen, wonach dort die Obergrenze bei 150 Plätzen pro Heim liegen soll. Daher seien die durchschnittlich 65 Plätze pro Heim sehr gut und die 94 Plätze deshalb akzeptabel. 70 % der Asylsuchenden seien derzeit Männer, es sei aber nicht ausgeschlossen, dass auch Familien in den Heimen untergebracht würden.

*Herr Dörner, Revierleiter Polizei Dresden-Süd* verdeutlicht, dass sich die Polizei grundsätzlich nicht an Statements zu Standorten beteilige. Bezüglich der Sicherheitslage gäbe es keine Erkenntnisse, dass Asylbewerber krimineller seien als die übrige Bevölkerung. Im Bereich des Dresdner Südens könne man von einem sehr sicheren Bereich reden. Im Umfeld der 102 bisher im Ortsamtsgebiet untergebrachten Asylbewerber sei keine steigende Kriminalität zu verzeichnen. Zur Beteiligung am Sicherheitskonzept fasst er zusammen, dass die Polizei Teil eines Netzwerkes von Betreiber, Betreuern sowie dem Ortsamt sei und bei Bedarf schnell vor Ort sein könne. Zum Thema Polizeipräsenz wird argumentiert, dass man mit dem vorhandenen Personal gut aufgestellt sei. Eine erhöhte Polizeipräsenz sei nicht erforderlich.

#### **Fragen der Bürger:**

*Bürger:* Weshalb werden Heime in Wohngebieten eröffnet? Warum gäbe es eine unterschiedliche Beurteilung beim Hochwasserschutz (Zschieeren/ Laubegast) bezüglich der Gebäude und deren Nutzung? Im Männerübergangsheim sei kein Platz im Grundstück und im Umfeld. Somit fehlten mögliche Betätigungsmöglichkeiten.

*Herr Genschmar:* informiert, dass er dem Sozialbürgermeister das Hochhaus an der Breitscheidstraße zur Nutzung vorgeschlagen habe. In der Antwort sei ihm mitgeteilt worden, dass eine Nutzung dort nicht möglich sei, da es sich um ein Gewerbegebiet handele. Er zieht in Zweifel, dass dann die Eröffnung eines Heimes in der Heidenauer Straße neben einem Umspannwerk eine gute Alternative sei. Warum werden ein gut laufendes Hotel geschlossen und damit Arbeitsplätze vernichtet? Ausländische alleinstehende Männer hätten ein anderes Frauenbild. Es müsse nach Nationalitäten ausgewählt werden.

*Anwohnerin:* Macht sich große Sorgen um die Sicherheit ihres Kindes; hätten Asylbewerber jetzt eine größere Lobby als Kinder?

*Anwohner:* Die Bürger werden mit den Problemen allein gelassen. Existiert eine Personalplanung für Sozialarbeiter? Alle Anwohner hätten massive Ängste.

*Anwohner:* Respekt für Frau Dr. Cordts, dass sie sich den unbequemen Fragen der Bürger stellt! Wie soll eine Betreuung der Asylbewerber sichergestellt werden? Der Betreuungsschlüssel sei nicht ausreichend. Er äußert die Befürchtung, dass im Hotel mehr als 94 Personen untergebracht werden, da die Richtlinie einen Platzbedarf von 6 qm pro Person vorsieht und die Zimmer ca. 38 qm groß sind. Ehrenamtliche Arbeit könne nicht für die Betreuung vorausgesetzt werden. Warum entstehen keine Heime in Striesen und Loschwitz?

*Bürgerin:* In Nähe eines Asylheimes in Klotzsche hätte der Schulleiter die Kinder über Drogenhandel und sexuelle Belästigung belehrt. Sie ruft zur Montagsdemo gegen den Islam auf.

*Bürger:* Fordert zum Besuch der Stadtratssitzung am 11.12.2014 im Rathaus auf.

Frau Dr. Cordts antwortet, dass sie keine Notwendigkeit zur Belehrung der Kinder wegen Drogen und Kriminalität erkennen könne. Es würden diejenigen Personen in die Heime aufgenommen, welche zugewiesen werden, auch Familien. Die Pauschalfinanzierung pro Asylbewerber sei erhöht worden. Die Sozialarbeiterstellen würden aufgestockt. Auch die Ängste der Bürger würden ernst genommen. Sie appelliert an die Bürger, mit Asylsuchenden ins Ge-

spräch zu kommen. Man werde eine Clearingstelle einrichten, um aufzuklären und Konfliktpotential im Vorfeld zu entschärfen. Es folgen Fragen der Ortsbeiräte:

**Herr M. Böhme:** Wirbt darum, eine Einwohnerversammlung durchzuführen, um die Ängste der Bürger aufzunehmen. Die Vorlage solle heute nicht beschlossen werden.

**Herr Krien:** Wie kann die Attraktivität Deutschlands für Flüchtlinge gemindert werden?

Durch Einrichtungen über dem Mindeststandard würden Asylanten angezogen.

**Herr Kempe:** Befürwortet ebenfalls eine Einwohnerversammlung/Bürgerversammlung.

Dort solle das Betreiber-, Betreuer- und Sicherheitskonzept vorgestellt werden.

**Frau Hoogestraat:** Sieht eine große Konzentration im Dresdner Osten. Sie bittet darum, Alternativlösungen im gesamten Stadtgebiet zu prüfen.

**Herr Mann:** Erinnert an den 9. November 1989. Er appelliert an die Solidarität, Menschen in Not müsse geholfen werden.

**Herr Kater:** Fordert eine Verkürzung der Bearbeitungszeit von Asylanträgen, 15 Monate seien völlig unakzeptabel. Eine obere Begrenzung von Flüchtlingen sei nötig.

**Herr Kunte:** Eine Einwohnerversammlung sei zwingend nötig. Es sollten Objekte gefunden werden, wo sich Asylbewerber in der Umgebung bewegen können, das sei in Laubegast nicht gegeben.

**Herr Krien:** Legt dar, dass für die Beschleunigung der Asylverfahren die Gerichte aufgestockt werden müssten. Er möchte von Herrn Stadtrat Avenarius wissen, ob der Koalitionsvertrag dieses vorsehe.

Frau Dr. Cordts erläutert die weitere Zeitschiene. Neben der Behandlung in den Ortsbeiräten tagen am 01.12. 2014 der Finanzausschuss und am 11.12.2014 der Stadtrat.

Eine Einflussnahme auf eine obere Begrenzung der zugewiesenen Flüchtlinge sei der Landeshauptstadt Dresden nicht möglich, da die Zuweisungen vom Land anhand eines festgelegten Schlüssels erfolgten. Das Hotel könne nur mit 94 Plätzen wirtschaftlich betrieben werden. Asylsuchende würden in Arbeit und Berufsausbildung integriert, daher seien sie nicht ganztägig in der Einrichtung. Auf die Bearbeitungszeit der Asylanträge hätte man keinen Einfluss, es würden ca. 300 Mitarbeiter beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zusätzlich dafür eingestellt.

Herr Lämmerhirt bedankt sich für die Antworten und bittet die Ortsbeiräte um Abstimmung über die eingebrachten Ergänzungsanträge:

- 1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, unverzüglich eine Einwohnerversammlung im Ortsamtsbereich Leuben zum Thema der Vorlage V0085/14 „Maßnahmeplan zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für besondere Bedarfsgruppen in den Jahren 2015/2016“ vor der Beschlussfassung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung) und des Stadtrates durchzuführen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung  
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

- 2. Der Ortsbeirat Leuben hat am 05.11.2014 zur Vorlage V0085/14 eine erste Lesung durchgeführt. Die Beschlussfassung findet unverzüglich nach der erfolgten Einwohnerversammlung statt.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung  
Ja 11 Nein 1 Enthaltung 3

**Abstimmungsergebnis gesamt:** erneute Beratung

Nach diesem TOP wird die Sitzung von 22:05 bis 22:11 Uhr durch eine Pause unterbrochen.

- 4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 693, Dresden-Großschachwitz, Geschäfts- und Parkhaus Pirnaer Landstraße** **V0040/14 beratend**
- hier:**
- 1. Billigung des geänderten Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan**
  - 2. Billigung der Begründung zum geänderten vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf**
  - 3. Beschluss über erneute öffentliche Auslegung**

Zu diesem TOP begrüßt Herr Lämmerhirt Frau Pfennig und Frau Stepputtis vom Stadtplanungsamt. Frau Pfennig führt in der Einleitung aus, dass die Vorhabenplanung unverändert vom Vorgänger übernommen worden sei, nur der Vorhabenträger habe gewechselt. Weiterhin wird Herrn Barth von der Saller GmbH aus Weimar vorgestellt, welche nunmehr das Objekt nach einem Antrag auf Projektträgerwechsel durch die Insolvenz von Florana erworben hat. Herr Barth stellt sich kurz vor, erläutert das Bauvorhaben verweist darauf, dass sein Unternehmen u.a. auch Donaths Neue Welt geplant und errichtet habe. Die Einzelheiten der Planung fasst Frau Windelband vom Planungsbüro GRAS zusammen. Als Planungsziele werden die Errichtung einer großflächigen Einzelhandelseinrichtung sowie mehrerer Fachgeschäfte benannt. Weiterhin sollen Dienstleistungsbereiche sowie Cafes und Bistros entstehen. Ein Parkdeck mit ca. 165 Stellplätzen solle geschaffen werden. Die Gebäudehöhe werde bei 8,30 m liegen. Der Haupteingang sei am Kreuzungsbereich Pirnaer Landstraße/ Bahnhofstraße eingeordnet worden. Das Parkdeck sowie Außenbereiche des Grundstücks würden begrünt. Im Vorfeld sei eine Verträglichkeitsanalyse erarbeitet worden, um die Auswirkungen des Einkaufszentrums auf den bestehenden Einzelhandel zu untersuchen. Im Ergebnis würden sogar Synergieeffekte erwartet.

Herr Lämmerhirt stellt noch einmal klar, dass die Planungen bereits im Ortsbeirat im November 2011 vorgestellt und auch weiterhin vollumfänglich beibehalten worden sind. Im Anschluss bittet er die Ortsbeiräte um ihre Fragen.

**Herr Dr. Kempe:** Möchte eine Bestätigung, dass sich nur die Rechtslage geändert hat. Weiterhin fragt er, welche Entwicklungen es im Umfeld des geplanten Einkaufszentrums gegeben habe (Geschäftsaufgaben, Neueröffnungen)? Wieso gäbe es Synergieeffekte?

**Herr Mann:** Bekennt sich als Einwohner von Kleinzschachwitz und argumentiert, dass er mit dem bestehenden Warenangebot sehr zufrieden sei. Daher erkennt er keinen Bedarf für einen weiteren Lebensmittelmarkt. Das Gebiet müsse jedoch dringend bebaut werden, da das Kaufhaus Günther seit Jahren verfallend sei. Er bittet um deutliche Nachbesserungen von ökologischen Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes (z.B. Solarenergienutzung) beim Projekt.

**Herr Stiehl:** Erkundigt sich, ob wie in der alten Planung vorgesehen ein Kreisverkehr an der Kreuzung Bahnhofstraße/ Pirnaer Landstraße entstünde?

**Herr Müller:** Fragt nach der öffentlichen Auslegung des Entwurfs und kritisiert die Visualisierung. Dort seien die Höhenunterschiede nicht zu erkennen. Gibt es zusätzliche Bilder dazu?

**Herr Krien:** Fragt nach, ob das Kaufhaus Günther durch denkmalschutzrechtlichen Auflagen betroffen sei. Weiterhin möchte er wissen, ob durch die ehemalige Tankstelle Kontaminationen vorhanden sind.

**Herr R. Böhme:** Gibt zu bedenken, dass innerhalb kurzer Distanzen bereits 7 Märkte existierten. Besteht die Möglichkeit, im Vorab mit dem Betreiber über die Planung der Vermietung zu sprechen? Beispielsweise gäbe es keinen Fischladen in der Umgebung.

Frau Pfennig schildert, dass sich innerhalb der letzten Jahre die Rechtslage umfassend geändert habe. Die Sachlage habe sich nur insoweit geändert, dass es einen neuen Vorhabenträger gäbe. Ein Kreisverkehr sei früher eine Option gewesen, diese wurde verworfen. Teile des Fußweges und des angrenzenden Privatgrundstückes könnten für den späteren Ausbau der Kreuzung genutzt werden. Die optische Darstellung bzw. Visualisierung sei natürlich auch mit einem Modell geplant worden, alle äußeren Rahmenbedingungen würden eingehalten.

Das Kaufhaus Günther sei nicht vom Denkmalschutz betroffen gewesen. Die ehemalige Tankstelle sei im Plan als sanierte Altlast gekennzeichnet und ausgewiesen.

Frau Stepputtis legt in Bezug auf die Entwicklung des bestehenden Einzelhandels dar, dass die Landeshauptstadt Dresden nur informiert wird, wenn eine Nutzungsänderung bei Gebäu-

den beantragt wird. Änderungen beim Angebot innerhalb bestehender Verkaufseinrichtungen würden nicht erfasst.

Herr Barth informiert, dass aktuell Gespräche mit der Zschachwitzer Dorfmeile über Inhalt und Angebote des Einkaufszentrums geführt werden. Es müsse ein Miteinander der Geschäfte geben. Zusätzliche Läden sollen das Angebot ergänzen. Allerdings könne er zu konkreten Mietern noch keine Auskunft geben. Er räumt ein, dass bereits einige Discounter in der Nachbarschaft existierten. Mittlerweile gäbe es jedoch einen Trend zu Qualität und Einkaufskultur. Diese Vielfalt wolle man im Center verankern. Allerdings benötige das Einkaufszentrum einen Lebensmittelmarkt als Ankermieter. Verträge seien aktuell noch nicht unterzeichnet, an Interessenten mangle es keinesfalls.

Herr Lämmerhirt merkt an, dass es in der Händlerstruktur nur marginale Unterschiede gegeben habe. In Zschachwitz existierte auch Dank der Dorfmeile eine gesunde Struktur, ein Ladensterben könne man erfreulicherweise nicht erkennen. Diese Struktur solle auch im neuen Zentrum vertreten sein.

**Herr Dr. Kempe:** Vertritt die Meinung, dass ein Verdrängungswettbewerb stattfinden wird. Er empfiehlt, mehr Gastronomie im Zentrum anzubieten und spricht sich gegen die Vorlage aus.

**Frau Hoogestraat:** Plädiert für das Projekt und fragt nach der Möglichkeit, die Fläche der ehemaligen Tankstelle und der hinteren Fläche mit einzubeziehen, um dann eine gemischte Wohn- und Geschäftsbebauung zu erreichen.

**Herr Mann:** Schlägt einen Treffpunkt und Gastronomie für ältere Bürger vor.

Herr Barth bedauert, dass kein Erwerb der Nachbargrundstücke möglich war, da der Eigentümer TLG diese nicht veräußern wolle. Deshalb könne leider keine Mischung aus Wohnungen und Gewerbe entstehen.

Herr Lämmerhirt bedankt sich für die Ausführungen und bittet die Ortsbeiräte um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung  
Ja 13 Nein 2 Enthaltung 0

- |          |  |                                    |
|----------|--|------------------------------------|
| <b>5</b> | <b>Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 541, Dresden-Laubegast, Wohnungsbau Laibacher Straße/Gustav-Hartmann-Straße</b><br><b>hier:</b><br><b>1. Abwägungsbeschluss</b><br><b>2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung zur Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes</b> | <b>V3013/14</b><br><b>beratend</b> |
|----------|--|------------------------------------|

Herr Lämmerhirt informiert zum Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 541, dass dieser bereits in der Ortsbeiratssitzung am 09.10.2013 behandelt wurde. Auch die Offenlage hat bereits stattgefunden. Nunmehr ginge es um die Auswertung der Offenlage und den Abwägungs- und Satzungsbeschluss.

Frau Pfennig führt aus, dass die Landeshauptstadt Dresden durch das Wassergesetz angehalten sei, auch bei bestehender Bebauung auf die Lage im Überschwemmungsgebiet rechtlich einzugehen. Der Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 541 solle formal aufgehoben werden. Die Offenlage sei erfolgt. Der Satzungsbeschluss zur Aufhebung solle gefasst werden, um damit geltendem Recht zu genügen.

Herr Lämmerhirt bittet um Abstimmung durch die Ortsbeiräte:

Abstimmungsergebnis: Zustimmung  
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1

**6 Einwohnerversammlung in Laubegast zum Hochwasserschutz  
und zur Fortsetzung der Bürgerbeteiligung**

**A0890/14  
beratend**

Der interfraktionelle Antrag A0890/ 14 wird von Herrn Matthis, Fraktion Die Linke vorgestellt. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit spricht sich Herr Matthis für eine knappe Darstellung des Sachverhalts aus. Der Antrag sei verständlich formuliert, einige Ortsbeiräte hätten persönlich an der Erstellung des Antrages mitgewirkt.

Herr Lämmerhirt trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor, wonach diesem Antrag zugestimmt werden könne. Die Einwohner von Laubegast müssten umfassend informiert werden. Herr M. Böhme plädiert für die Änderung des ursprünglichen Termins 30.09.2014 in unverzüglich. Weiterhin formuliert er einen Ergänzungsantrag welcher von Herrn Kunte und Herrn Mann weiter konkretisiert wird. Herr Dr. Kempe unterstützt den Antrag und wünscht sich eine weitere Bürgerbeteiligung. Herr Kunte berichtet von einer Bund- Länder- Konferenz zu Umweltschutzmaßnahmen und möchte von der Verwaltung wissen, ob das Gebiet Oberelbe dabei erfasst wurde. Herr Lämmerhirt sichert eine Weiterleitung ans Umweltamt zu.

Herr Lämmerhirt bittet um Abstimmung über folgenden Ergänzungsantrag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

in Laubegast ~~bis zum 30.09.2014~~ **unverzüglich** eine Einwohnerversammlung gemäß § 22 SächsGemO zum Thema „Hochwasserschutz in Laubegast und Fortsetzung der Bürgerbeteiligung“ durchzuführen. Gegenstand der Berichterstattung und Beratung mit den BürgerInnen sollen folgende Inhalte sein:

1. Wie ist der derzeitige Planungsstand und Stand der Bearbeitung des Abschlussdokuments der Bürgerbeteiligung zum Hochwasserschutz im Dresdner Osten und speziell für Laubegast?
2. Wie ist das weitere Verfahren für Planung und Durchführung beim Hochwasserschutz am Laubegaster Ufer? Welche Zeitabläufe sind möglich bzw. vorgesehen? Wie kann der Prozess beschleunigt werden?
3. In welcher Weise und in welchem Zeitablauf soll die Bürgerbeteiligung zur Gestaltung des Hochwasserschutzes im Dresdner Osten und speziell in Dresden Laubegast fortgesetzt werden?
4. **Vor Beginn einer weiteren Bürgerbeteiligung sollen- auszugsweise für die Region Oberelbe / Raum Dresden- folgende Dokumente in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt werden:**
  - (1) **BfG-1725 Bewertung von Einflüssen tschechischer und thüringer Talsperren auf Hochwasser an Moldau und Elbe in Tschechien und Deutschland mittels Einsatz mathematischer Abflussmodelle.  
Verfasser: Bundesanstalt für Gewässerkunde, Koblenz 11.06.2012**
  - (2) **Auswertung des Hochwassers 2013 der IKSE/ Endfassung  
(Fertigstellungstermin: Jahresende 2014)**
5. **Die fachwissenschaftliche Kompetenz der Elite-Universität TU Dresden ist in den Beteiligungsprozess einzubeziehen.**

Abstimmungsergebnis: Zustimmung mit Ergänzung  
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

## **7 Beschluss über die Sitzungstermine des Ortsbeirates Leuben für das Jahr 2015**

Herr Lämmerhirt bittet um Zustimmung zu den vorgeschlagenen Sitzungsterminen des Jahres 2015. Er verweist darauf, dass es eine Änderung der Hauptsatzung gab und es durch die Einführung der Ortschaftsverfassung im Juli 2015 zu Terminänderungen kommen kann. Da die Bestätigung der Hauptsatzung durch die Landesdirektion noch ausstehe, habe man vorsorglich für das gesamte Jahr 2015 geplant. Im Falle der Bestätigung der Hauptsatzung durch die Landesdirektion endet die Legislatur des Ortsbeirates im Juni 2015.

Bisher sei keine Uhrzeit für die Sitzungen bestimmt worden, als Vorschlag wird 17.30 Uhr genannt. Die Ortsbeiräte sprechen sich mehrheitlich für die Beibehaltung von 19.00 Uhr aus.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung  
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

## **8 Vorstellung der Ortsbeiräte**

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit (23.15 Uhr) wird die Vorstellung der Ortsbeiräte vertagt.

## **9 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte**

Herr Kunte fragt nach neuen Erkenntnissen zum Fußweg Donaths Neue Welt.

Herr Lämmerhirt erwidert, dass kein neuer Sachstand zu verzeichnen sei.

Herr Stiehl möchte eine Information zur Änderung der Ortschaftsverfassung verteilen.

Herr Mann fragt, wann die Windmühlenstraße wieder für den Verkehr freigegeben wird.

Herr Lämmerhirt geht davon aus, dass dies in Kürze geschieht.

## **10 Informationen des Ortsamtsleiters zum Geschehen im Ortsamtsgebiet**

Herr Lämmerhirt bedankt sich bei den Ortsbeiräten und lädt diese für den 12.11. 2014 zum Tag des Ortsamtes ein. Die Oberbürgermeisterin wird an diesem Tag das Ortsamt Leuben besuchen. 17.30 Uhr wird im Bürgersaal eine Bürgerversammlung stattfinden und 18:30 Uhr findet ein Gespräch mit den Ortsbeiräten statt.

Die Sitzung endet 23:20 Uhr.

Jörg Lämmerhirt  
Vorsitzender

Ralf-Uwe König  
Schriftführer

Katrin Hoogestraat  
OBR- Mitglied

Michael Bäuerle  
OBR- Mitglied